

werden nur beim Verlag... werden nur beim Verlag...

Sie dreizehnpennige Zeitungs...

Ersteinst... wöchentlich einmal... Zürich (Schweiz)...

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Lais an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist...

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag leicht abtreiben...

„Gemeine Vergehen.“

In der stürmischen Sitzung des sächsischen Landtags vom 9. d. M. bemerkte der sächsische Justizminister, Herr von Abeken...

Aber der biedere Herr Justizminister wollte sich nicht korrekt ausdrücken; es liegt Methode in der Inkorrektheit...

Diese Falschmünzerei mit politischen Vergehen ist beiläufig sehr alten Ursprungs; sie ist so alt wie die bemagte, ihres Unrechts...

Um die Auslieferung Nerfsojoff's zu ermöglichen — wir wollen nicht weit in die Vergangenheit zurückgreifen — machte man ihn zu einem gemeinen Verbrecher...

Hierher gehören auch die schamlosen Verurteilungen des deutschen Reichsgerichts in den sogenannten „Hochverratsprojekten“...

sans façon den Hochverräter in das Zuchthaus. Wir haben uns seinerzeit des Näheren über diese schmachvollen Verurteilungen ausgesprochen...

Genug, dem politischen Gegner, weil er politischer Gegner ist, von vornherein gemeine Gesinnung unterschieben, verrätlich nur die gemeine Gesinnung dessen, der es thut.

Das Rechtsgefühl und der gesunde Sinn des Volkes wird sich durch derlei Bestrebungen und Richterprüfungen nicht beirren lassen, und das Volk — oder sagen wir lieber: jeder anständige Mann — wird fortfahren, eine scharfe Grenzlinie zwischen politischen und gemeinen Verbrechen zu ziehen...

Wenn aber die Herren Diplomaten, Reichsrichter und Justizminister in dieser Weise politische Falschmünzerei treiben und ehrliche Männer zu gemeinen, aus gemeinen Motiven handelnden Verbrechern stempeln...

Und nach diesem ewigen Recht ist jene Falschmünzerei ein gemeines Verbrechen und sind jene Falschmünzer gemeine Verbrecher!

Noch einmal Herr Breuel.

Unsere Antwort auf seine Anklage veranlaßt Herrn Frau Breuel zu einer Erwiderung, welche wir, um Niemandem das Wort abzuschneiden, weiter unten folgen lassen.

Und nun zum Briefe des Herrn Breuel. Derselbe lautet: „Kopenhagen, den 9. Februar 1882. „Geachteter Herr Redakteur!“

„Bevor ich daran gehe, auf Ihre Entgegnungen in Nr. 4 und 5 Ihres Blattes bezüglich meines „Offenen Briefes“ zu antworten, gestatten Sie mir eine einfache Pflicht zu erfüllen, die ich nicht nur aus eigenem Antriebe, sondern — ich bin dessen überzeugt — im Einverständnis mit Tausenden von Genossen erfüllen muß.“

„Ich fordere hiernüt den Vorstand der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands auf, aus seiner Passivität herauszutreten und zu der von mir angeregten Frage offen und ohne Rücksicht Farbe zu bekennen.“

„Entweder der Vorstand — und dieses erwarte ich zuverlässig — tadelt gleich mir die bis dato innegehaltene Taktik des Zentralorgans und sucht Gegener dem Gesamtwerke der Partei entsprechend umzugestalten, oder aber der Vorstand stellt sich auf Seite des Letzteren und dann tritt freiwillig an die mit mir einverstandenen Mitglieder eine andere Pflicht heran, deren Befehl ich vorerst nur andeuten will.“

„Wenn, wie dieses offen in Nr. 4 und 5 des „Sozialdemokrat“ geschieht, die Objektivität unseres Kampfes hintenangelassen, wenn also an Stelle des Kampfes mit geistigen Waffen der Knüttel gesetzt wird, wenn, wie dieses in Nr. 4 geschieht, ohne Bedenken zu offener Gewaltthat aufgefordert wird, und das Alles nicht vereinzelt, sondern systematisch betrieben wird, dann nenne ich das nicht mehr „Abweichen von der bisherigen Taktik“, sondern dann nenne ich dieses „Vergiftung des Charakters der deutschen Sozialdemokratie und Mißkreditierung in den Augen aller Gebildeten.“

„Gründ genug also, um den Vorstand zum Einschreiten zu veranlassen. Abge derlei bedenken, daß die Mitglieder eines Tages berechtigt sein werden, Rechenschaft zu fordern, daß sie berechtigt sein werden, die Partei so intakt und zweifellos zurückzuerlangen, als wie sie dieselben dem Vorstand bei Beginn der Sozialistengesetz-Kera vertrauensvoll übergeben haben.“

„Jetzt zu Ihrer Entgegnung: „Sie antworten auf meinen, auch von Ihnen als gerechtfertigt anerkannten Vorwurf, daß Sie nicht genug Objektivität, sondern häufig persönliche einseitige Beweggründe haben vorwalten lassen, ganz selbstbewußt: „Ja, das wollen wir ja gerade, denn — höre es, o Welt — „diese Objektivität (die in dem auch von Ihnen als unumstößlich bezeichneten Satz — der Mensch ist Produkt seiner Lage und seiner Zeit — ihren besten Grund findet) ist die Mutter des politischen Indifferentismus.“

„Also, wenn der großen Kampf des deutschen Proletariats mit den heutigen Machthabern objektiv aussieht, ist politisch dumm.“ Abgesehen von dem

wenig schmeichelhaften Kompliment, welches Sie mir mit dieser Behauptung machen, proteßire ich hiermit gegen die dreiste Annäherung und empörende Rohheit, die in jenem Satze zu Tage tritt.

„Versuchen Sie einmal, Herr Redakteur, sich in folgenden Gedanken hineinzuleben: Augenommen, Sie wären der Sohn von Eltern mit gleicher geistiger Veranlagung der Eltern des von Ihnen erwähnten Politisten Engel in Altona. Sie hätten ganz dieselbe Erziehung genossen, und später analoge Verhältnisse Sie umgeben, würden Sie nicht ganz derselbe Mann geworden sein?“

„Über denken Sie sich einmal als Sohn irgend eines Gewaltigen auf dieser Erde. Würden Sie unter diesen Umständen auch der Revolutionär par excellence, der Sie sind, oder vielmehr sein wollen, geworden sein? Gewiß nicht. Hieraus ergibt sich für uns: Bleiben wir objektiv, bekämpfen wir Systeme, nicht Menschen, welche Letztere erst aus jenem nach ihrer Art hervorgegangen sind. Aufgabe der Sozialisten kann es nicht sein, die Gegner zu vernichten, sondern sie durch Belehrung und gutes Beispiel zu beschämen und sodann in dem erlangten neuen Staatswesen Einrichtungen zu treffen, in welchen die Entfaltung des Schicksalen zum Schaden der Gesamtheit einfach nicht möglich ist.“

„Im weiteren Verlauf Ihrer Entgegnung stellen Sie die Behauptung auf, daß es kein zweites Volk in Europa gebe, welches Zugriffe so geduldig hinnehme, wie das deutsche, und bedauern dabei recht lebhaft, daß unsere Genossen nicht schon öfters Polizeibeamte und Spione geächtet — soll wohl heißen, todtgeschlagen — haben.“

„Ihre leid gerade nicht jeig, aber so etwas Kehtliches u. s. w. Daß es in Europa kein zweites Volk gibt, welches seinen Machthabern gegenüber treueföhiger — nennen wir das Ding gleich beim rechten Namen — sich benimmt, ist entschieden nicht richtig. Die Russen, die Polen, die Schweben, die Bewohner der drei sildlichen Halbinseln, ja sogar die Bewohner der freien Schweiz stellen in dieser Beziehung den Deutschen weit nach.“

„Meinen Vorwurf, daß Sie mit Ihrem Verhalten nur Herrn Puttkamer in die Hände arbeiten, beantworten Sie mit einem Kalauer, indem Sie mir die Alternative stellen, zwischen Ihnen und der Dritte auf den Hintern empfangenden Fortschrittspartei zu wählen. Auch nicht schlecht. Eingehen will ich jedoch auf diesen schlechten Witz nicht.“

„Dem folgenden Satze gegenüber, der von der Dauer des Sozialistengesetzes und den Mitteln, dasselbe zu beseitigen, handelt, bleibe ich bei meinem früheren Bekenntnisse stehen: Was uns noth thut, ist die unablässig betriebene Aufklärung — nicht Aufregung — der Volksmassen u. s. w. Das allein verleiht Stärke, und das allein ist dazu angethan, die heutigen Zustände zu beseitigen.“

„Was in Nr. 5 mir zur Entgegnung gesagt ist, kann ich bis auf einen Punkt schneller übergeben. Das Wesentliche ist bereits gesagt, und für unnütze Reasonnements ist der Raum des „Sozialdemokrat“ zu kostbar.“

„Bei dem Satze, der von den Schnapstrinkenden Bagabonden handelt, fallen Sie aus der Rolle. Sie geben selbst zu, daß diese Leute Produkte der Verhältnisse sind, lassen aber nebenbei dem Gedanken Raum, daß dieselben einmald den Machthabern gefährlich werden könnten. Seien Sie versichert, Herr Redakteur, wenn diese Leute jemals gefährlich werden sollten, so geschieht dieses sicherlich nur auf unsere eigenen Kosten.“

„Schreiber dieses, der selbst jahrelang als Handwerkerbursch und armer Reisender“ verschiedene Herren Länder durchzogen hat und für Mangel an Ueberfließ sicherlich nicht erst zu sorgen brauchte, ist deshalb doch kein Schnapstrinkender Bagabond geworden, nicht etwa, weil ein freier starker Wille ihn davon bewahrte, sondern weil sein ganzes ethisches Gefühl vor Schnaps und Schnapstrinkern ein masso Absehen empfand.“

„Ich bin der Letzte, der auf jene Kerne einen Stein werfen möchte, aber zu Soldaten einer Revolutionsarmee möchte ich sie nicht verwenden. Ihre erbarmungsloser Zustand soll uns nur ein Sporn mehr sein zum unablässigen Ringen für bessere Zustände, mit ihnen aber Schulter an Schulter kämpfen, kann ich für meinen Theil nicht.“

„Was Sie über Abellonstieber sagen, ist soweit richtig, nur der Geschmack ist verfehlt. Wenn Sie haß- und rachschnaubende Lieber bevorzugen, so ist das Ihre Sache, ich für meinen Theil gebe solchen, wie z. B. die Ludowische Arbeitermarxistklasse, worin die auch für Sie gewiß empfehlenswerthe Prophe:

*) Dem König Midas war von Sage nach auf seinen Wunsch die Gabe verliehen, daß sich Alles, was er berührt, in Gold verwandelt. Infolgedessen er elend verhungern mußte.

„Nicht predigen wir Haß den Reichen,
Nur gleiches Recht für Jedermann!“

enthalten ist, entschieden den Vorzug.¹⁾

„Kommen die Hinweise auf die baldigst eintretende große Revolution. Daß uns in Deutschland eine gewaltige Katastrophe nahe bevorsteht, davon sind Sie fest überzeugt. Nun, darüber läßt sich nicht streiten.“

„In der nächsten Zukunft Schöße
liegt das Schicksal einer Welt.“

„Barrikadenkämpfe nach altem christlichen Styl wollen Sie nicht, nein, so wie in Rußland und Irland. Mit Gift, Doh, Revolver, Dynamit u. s. w. Halten Sie ein, Herr Redakteur, um Gottes Willen halten Sie ein. Sie machen mich graulich. Können Sie verlangen, daß ich diesen Ihren Erguß ernsthaft nehmen soll?“²⁾

„Was ist unter Anarchismus verstanden?“

„Einen Zustand von Gesetz- und Rechtslosigkeit, daselbe, was die Pariser Rev. sociale“ vom 21. Mai 1881 darunter versteht. „Thue was Du willst!“ Und nun blicken Sie noch einmal nach Ihren Resolutions-Adressen, Rußland und Irland, und fragen Sie sich, ob daseelbst nicht schon ein gut Stück Anarchismus an der Arbeit ist.“

„Ihre mir an den Kopf geworfene Lebenswürdigkeit, daß ich die Geschichte der Kommune oder meiner Partei, in deren vordersten Reihen ich seit 13 Jahren stehe, nicht kenne, wird, da sie mich persönlich betrifft, großmüthig bei Seite gelegt.“

„Gehört auf unser Programm, weisen Sie meine Anklage zurück, denn da steht es ja, „mit allen Mitteln“. Ja, wenn man dem Sage eine derartige gewaltsame Interpretation, wie Sie bestehen, angebeihen läßt, warum, so frage ich, weist man denn andererseits den geplanten Mord eines Hödel mit sittlicher Entrüstung von sich?“³⁾ Zur Ehre der Delegirten des Wüthener Kongresses will ich annehmen, daß sie bei der Formulirung dieses Satzes nicht im Entferntesten daran dachten, den feigen Mordmord zu sanktioniren. Den Vorwurf aber mache ich darauf aufmerksam, daß es nach Vorliegendem dringend geboten erscheint, dem betreffenden Sage eine sachlich begründete Erklärung beizugeben.⁴⁾ Könnte es nicht etwa heißen: „Mit allen moralisch zulässigen Mitteln?“⁵⁾

„Sie stellen die, sich in Ihrem Munde gewiß nicht ausnehmende Frage: Werden überhaupt Revolutionen von Parteien gemacht? Nein, Herr Redakteur, das werden sie nicht, wenigstens es bei Ihnen und Ihren Gefährten an gutem Willen hierzu gewiß nicht fehlt. Sie werden keine Revolution machen, soviel Mühe Sie sich auch geben mögen, daß Sie aber noch, wenn dem nicht bald energisch gesteuert wird, viel Unglück stiften können, daß Sie noch, ohne der Partei im Geringsten zu nützen, manchen Familienvater auf Jahre hinter Schloß und Riegel bringen können, während Sie ungeschoren und unbehelligt hinter dem Heiligenschein sitzen⁶⁾ und weiter revolutioniren, das halte ich für sehr wahrscheinlich, und deshalb habe ich zur Feder gegriffen und lasse meinen Warnungsruf durch die in voriger Nummer veröffentlichte Erklärung unserer Abgeordneten, der sich die Genossen Kuer und Bebel anschließen für verpflichtet gehalten haben.“

Ihr Ernst Breuel.“

Anmerkungen:

¹⁾ Herr Breuel scheint nicht zu wissen, daß die „sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ als geschlossene Organisation schon seit mehr als drei Jahren nicht mehr besteht, es also auch keinen Vorstand derselben mehr gibt. Auf Wenden hat sich die deutsche Sozialdemokratie als Partei organisiert und die Leitung ihrer Geschäfte geregelt, von einem Vorstand ist uns, obwohl wir auf Wenden ununterbrochen den Sitzungen beiwohnten, nichts bekannt. Im Uebrigen erledigt sich die feierliche Ankündigung durch die in voriger Nummer veröffentlichte Erklärung unserer Abgeordneten, der sich die Genossen Kuer und Bebel anschließen für verpflichtet gehalten haben.

²⁾ Welche Logik! Um aber diesen Satz und die ihm folgenden Auslassungen voll und ganz würdigen zu können, ist es nöthig, denselben unsere Ausführungen gegenüberzustellen. Wir sagten in Nr. 4:

„Wie man jeden Satz durch Uebersetzung in's Unsinvolle verkehren kann, so ist dies auch sozialistischerseits oft mit dem an und für sich unumstößlichen Satz geschehen, daß die Menschen Produkte der sie umgebenden Verhältnisse seien. Die logische Folge dieses Satzes ist nicht die Verneinung des freien Willens und der aus ihm resultirenden Verantwortlichkeit, sondern die richtige Abgrenzung derselben. Wie weiter die Erkenntniß, die Unterscheidungslosigkeit des Individuums vorgeschritten ist, je unabhängiger dasselbe seiner sozialen Stellung nach, um so größer seine Verantwortung.“

³⁾ Nicht nur das, sondern wenn unser Vater ein Pferd und unsere Mutter eine Heide gewesen wäre, so wären wir sogar wahrscheinlich ein Raufesel geworden.

⁴⁾ Sehr gültig. Ist uns aber leider seit ca. einem Duzend Jahren nicht ganz unbelannt.

⁵⁾ Vor solcher Geschichts- und Völkertunde streichen wir beschämt die Segel.

⁶⁾ Uns aber muthen Sie zu, zu dulden, daß Sie uns das Gegentheil von dem sagen lassen, was wir in der That gesagt. Wir sehen uns, um Ihre „objektive“ Kampfesweise zu kennzeichnen, genöthigt, unsere bezüglichen Worte hier zu wiederholen. Wir sagten in Nr. 4:

„Nicht, daß wir unsere Genossen in Deutschland der Freiheit antugan wollten. Im Gegentheil, die letzten Reichstagswahlen haben bewiesen, daß sie nichts weniger als Dummköpfe geworden sind, sondern ihrem Mann stehen so gut wie früher. Könnte uns doch einer unserer hervorragenden Vorkämpfer, der von jeder nationalen Vorurtheilhaftigkeit frei ist, mit Recht schreiben: So famos hat sich noch kein Proletariat benommen. Also nicht Freiheit werben wir unsern Genossen in Deutschland vor. Was wir aber bedauern, das ist, daß sie sich daran gewöhnen, die Polizei- und Gerichtsinstanzen als etwas Selbstverständliches hinzunehmen.“

Es gehört in der That ein hoher Grad von — Objektivität dazu, daraus eine Beleidigung des deutschen Volkes herauszufinden! Im Uebrigen würden Sie wenig Grund haben, sich über uns zu beschweren, wenn wir wirklich ein „affirmativer Ripripter“ (soll wohl heißen Jüri die ter?) wären.

⁷⁾ Was sich Vassallo wohl unter der „Revolution mit wildwüthendem Lodenhaar, erzne Sandalen an den Sohlen“ vorgestellt haben mag? Oder wenn er in seinem „Franz von Sidingen“ sagt:

„Es ist das Schwert das heiliggeword'ne Wort, von dem ihr predigt,
Der Gott, der in die Wirklichkeit geboren —“

Und alles Große, was sich jemals wird vollbringen,
Dem Schwert zulezt verdankt es sein Gelingen.“

⁸⁾ Also nach der Auffassung der guten Gesellschaft als „Bagabund“.

⁹⁾ Wenn man von der in der „guten Gesellschaft“ gang und gäbe Anschauung ausgeht, daß diese „300,000 Landstreicher“ sammt und sonders Trunkenbolde seien, so haben Sie Recht. Deshalb sagte auch in jenem Artikel der „Landstreicher“: „Solange ich mich noch in Schnaps berausche — bin ich keine Gefahr für Euch“, was Sie natürlich, obwohl wir den Satz ausdrücklich in Nr. 5 wiederholt haben, ignoriren. Ihr „ethisches Gefühl“, das den Genus eines „Mitten Klaren“ so grausam verurtheilt, scheint in andern Punkten weniger engberzig zu sein.

¹⁰⁾ Das ist Geschmacksache. Wenn es Ihnen Spaß macht, fügen Sie auch trotz Sozialistengeßlich ruhig weiter:

„Die Vieh- und die Zusammenleuten,
Wir strecken aus die Bruderhand“ —

wir aber gedenken unserer in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachtenden, unserer ins Elend und in den Tod gekehrten Genossen, der

hungernden und darrenden, von allen Parteien der alten Gesellschaft genasführten Proletarier und fügen mit Herwegh:

„Die Liebe kann erlösen nicht, die Liebe nicht erretten:
Halt du, o Haß, dein Strafgericht! Brich du, o Haß, die Ketten!“

¹¹⁾ Ja, d. h. nicht Ihre Auslegung desselben.

¹²⁾ Weil er zur Erreichung unserer Ziele absolut nicht förderlich war, mit unsern Grundföhen gar nichts zu thun hatte. Wenn Sie später vom „feigen Mordmord“ reden, so scheinen Sie zu vergessen, daß Hödel, wenn Sie ihn überhaupt als „Mordmörder“ betrachten wollen, seine Haut zu Markte getragen hat, also eher alles Andere als das Beiwort „feige“ auf ihn paßt.

¹³⁾ Ist im Protokoll des Wüthener Kongresses (S. 28) geschehen.

¹⁴⁾ Wäre höchst überflüssig. Die Auffassung, welche die Sozialdemokratie von „Moral“ hat, ist von der der heutigen Gesellschaft grundverschieden.

¹⁵⁾ Daß Sie auf diese billige Verdächtigung nicht verzichten würden, war zu erwarten. Sie wird uns aber nicht abhalten, nach wie vor unbeirrt so zu schreiben, wie unsere Ueberzeugung es uns zur Pflicht macht. Wir sind uns der Verantwortung, welche wir zu tragen haben, wohl bewußt, und wir müßten ein elender Bube sein, wenn wir diese Verantwortung dem deutschen Proletariat gegenüber geringer schätzen wollten, als etwa die Verantwortung gegenüber deutschen Staatsanwälten, und ein verächtlicher Feigling wären wir, wenn wir nicht jeden Augenblick bereit wären, auf den „Schuh des Heiligenschein“ zu verzichten und willig uns dem zu unterziehen, was wir heute unsern Genossen in Deutschland zumuthen. Ja, Herr Breuel, wir verlagern Opfer, wie auch wir Freiheit und Leben unserer großen Sache zu opfern bereit sind, denn wir wissen, ohne Opfer kein Kampf, und ohne Kampf kein Sieg. Wiegen Sie sich immerhin in der süßen Hoffnung, Ihren Sozialismus durch Aufklärung der Ausbeuterklasse zu verwirklichen, wir hegen in Bezug auf unsern „Aster-Sozialismus“ diese Illusion nicht, sondern lassen für ihn die herrlichen Worte Schillers gelten:

Und sehet Ihr nicht, das Leben ein,
Wie wird Euch das Leben gewonnen sein!

Und nun, deutsche Arbeiter, nehmt Ihr das Wort!

Wie die Parteigenossen urtheilen.

Nachdem Herr Breuel wiederholt die Genossen zu Urtheilen über unsere Haltung provoziert hat, sehen wir uns genöthigt, alle diesbezüglichen Stimmen aus Parteikreisen im Organ zu registriren. Da es sich ja nicht um persönliche, sondern um prinzipielle Differenzen handelt, namentlich aber darum, wie die Masse unserer Genossen in Deutschland heute fühlt und denkt, so werden diese „Stimmungsbilder“ für Jedermann ohne Ausnahme lehrreich sein. Wir werden sie auf jeden Fall beherzigen.

Lassen wir den Vortritt einem im Kampfe bejahrten Proletarier, einem Berufsgenossen Breuel's (Name und Wohnort steht Herrn Breuel auf Wunsch zur Verfügung):

Gechter Herr Redakteur!

Der Artikel des „Sozialdemokrat“: „Auf der Anklagebank“ treibt mich auf die Bretter, denn als Tribune, nicht bloß als Vorkämpfer und Dolmetscher unserer Ideen und Gefühle, müssen wir ja jetzt unser einziges Organ, den „Sozialdemokrat“, betrachten, da das Versammlungsrecht zu Boden getreten ist. Eigentlich könnte man auch schweigen, denn man läuft Gefahr, die glänzende Vertheidigung des „Sozialdemokrat“ gegenüber den Angriffen Breuel's zu verungügen, und doch glaube ich, werden Sie es anerkennen, wenn Sie bestimmt wissen, daß es doch auch noch Parteigenossen gibt, die der Redaktion voll und ganz zustimmen und nicht bloß bedingungsweise. Und darum ein donnerndes Bravo!

Ja, wir dürfen, wollen wir vorwärts kommen, nicht mehr objektiv urtheilen, objektiv denken, sondern Haß und Verachtung gegen die elende Risikowirtschaft auf allen Gebieten überallhin tragen, wo wir nur können, Weib und Kinder müssen unsere Zustände hassen und verachten lernen, jede Gelegenheit muß benützt werden, um die Verbrechen dieser Gesellschaft festzuzeichnen, wir dürfen nichts vergessen!

Schreiber dieses hat die beste aller Beuten schon frühzeitig hassen gelernt: 1846 kaum 10 Jahre alt, mußten wir 3 Brüder schon in die Fabrik (was damals zu den seltenen Fällen gehörte); wir verdienten jeder die ganze Woche 50 Pfennige, alle drei also Mt. 1.50; und doch wurde der Verdienst schon als große Hülfe betrachtet, 1847 im Winter nahmen wir der vor dem Hause haltenden Milchfrau das Brod aus dem Korbe, welches sie für den Hund bestimmt hatte. Selbst Kartoffelschalen wurden geröstet als Mittagsbrot verzehret. Da kam das Jahr 1848. Mit dem Rufe: Die Preußen kommen! säumte Alles zur Bahn, auch die Schulsjugend. Das sollte hart gehandelt werden, wir waren nach dem Urtheil des Pastors die Verworrensten unter den Verworrenen. Auch Prügel bekamen einzelne und wußten nicht, warum!

Wir hassen zu können, muß man schon als Kind die Augen offen gehabt haben, muß natürliches Gefühl haben, was sich gegen alles Niederträchtige und Schlechte empört. Leider, oder besser gesagt: zum Glück, sah ich damals nach der Dresdener Niederlage die aufgeföhrenen Hülfslinge, wie sie zu Duzenden an langen Stangen, die Hände an den Rücken gebunden, transportirt wurden, geschossen auf offenem Felde wie die Hasen; ich sah, wie von diesen Bestien von Menschen im Königsrod eine alte Frau, die sich darüber aufhielt, gestoßen und geschlagen und dann in den Schlammgraben geworfen wurde; ich sah, wie ein junger Mann, nur weil er einen Turnercanzler trug — heute würden die Turner so etwas nicht zu fürchten haben — mit blankem Seitengewehr über den Kopf geschlagen wurde, daß er beinahe umgefallen wäre. Noch unzählige solch' trauriger Bilder konnte ich anführen, doch genug; die damalige diehische Rohheit wird heute nur noch von einer ganz gemeinen Heuchelei und schlechenden Niedertracht übertröffen. Und so wie es mir ergangen, so wie mir die Kindheit geköhlen, so wie ich um die schönsten Jahre betrogen worden bin, sind es noch tausend und aber tausend Andere, nur sind die Gefühle nicht immer die gleichen; aber das ist es eben, daß wir muß unsere Preise sorgen. Unserer Presse fällt die Aufgabe zu, zunächst das Rechtsgefühl zu pflegen, zu wecken, wo es noch schlummert, oder dasselbe sicher zu leiten, wo es sich auf einer falschen Bahn befindet.

Der übrigens nicht ganz und gar bei Fuchschriekeln und zwischen Pflanzmännern geschpöppelt wurde, hat ohnedies das Herz auf dem rechten Fleck und wirft bei solcher Schandwirtschaft, wie sie wohl kaum jemals vorhanden war, alle Objektivität in den Lumpensack, wohin sie gehört.
Ein alter Kämpfer.

Leipzig, 15. Februar 1882.

An die Redaktion des „Sozialdemokrat“!

Die Genossen von Leipzig und Umgebung sehen sich veranlaßt, zu der durch Genosse Breuel angeregten Frage, die Schreibweise des „Sozialdemokrat“ betreffend, Stellung zu nehmen, und zwar erklären wir hiermit, daß wir mit der bisherigen Schreibweise des Organs völlig einverstanden sind, weisen das Ansuchen Breuel's ganz entschieden zurück, erwarten, daß die Redaktion fortfahre, die Dinge mit dem Namen zu nennen, den sie in Wirklichkeit verdienen, und geben dabei zu bedenken, daß der „Sozialdemokrat“ zunächst geschrieben wird für die große Masse der Arbeiter. Nicht als ob wir damit sagen wollten, daß uns die Schreibweise nur deswegen konvenire, sondern weil wir meinen, daß die Verhältnisse in Deutschland, soweit sie Betrachtung im Organ finden, in ihrer wahren Ge-

halt den Arbeitern vorgeführt werden müssen, was von einer Zeitung in Deutschland nicht geschieht und nicht geschehen kann, und insofern begrüßen wir es auch mit Freuden, daß wir ein derartiges Organ haben, welches dies thut.

Daß wir mit dieser Meinung nicht allein stehen, sehen wir voraus und erwarten, daß die Genossen in Deutschland gleichfalls Stellung nehmen, um zu ersehen, ob der „Sozialdemokrat“ den Anforderungen der Genossen entspricht oder nicht.

Die Sozialdemokraten von Leipzig
und Umgebung.

Auf einer vor wenigen Tagen abgehaltenen Landesversammlung unserer württembergischen Genossen, die von 13 Orten beschickt war, und über welche wir demnächst ausführlicher berichten werden, wurde bezüglich des „Sozialdemokrat“ folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die württembergischen Sozialdemokraten erklären sich mit der prinzipiellen Haltung des „Sozialdemokrat“ einverstanden. Nur wünschen dieselben, daß bei persönlichen Auseinandersetzungen künftig mit mehr Vorsicht verfahren werde.“

(Vorerer Passus bezieht sich, soweit er die Redaktion angeht, auf unsere „Kritik der Reichstagsreden auf Grund unzuverlässiger Zeitungsberichte.“ Unsere Genossen sind da in einem Irrthum, den eine in gegnerischen Zeitungen erschienene Erklärung hervorgerufen hat. Wie wir zu dieser seinerzeit aus Parteinteresse geschwiegen haben, so wollen wir auch jetzt die Sache auf sich beruhen lassen, umso mehr als ja die Forderung an sich durchaus berechtigt ist.)

Schwäbisch-Hall. In Folge der Verschiedenheit der Meinungen über die seitherige Haltung unseres Parteiorgans, welche ihren Ausdruck durch Reichstagsreden und in Folge derselben durch Auseinandersetzungen im „Sozialdemokrat“ gefunden haben, haben sich die hiesigen Genossen veranlaßt gesehen, Stellung dazu zu nehmen und nach vorausgegangenem Besprechung einstimmig beschloffen, der Redaktion ihre volle Anerkennung für die seitherige Haltung des „Sozialdemokrat“ auszusprechen, indem sie mit der Redaktion der Meinung sind, daß die Schandthaten und Verbrechen der Regierung und ihrer Polizeigewaltigen nicht mit Glashandschuhen behandelt, sondern mit dem richtigen Namen gekennzeichnet und gebrandmarkt werden müssen.

„Stimmen aus Hessen.“

Verächtliche Redaktion!

In der Anklageföhe des Ernst Breuel gegen die Redaktion des „Sozialdemokrat“ erlauben wir uns zu erklären:

Es ist sehr zu bedauern, daß immer noch solche Meinungsverschiedenheiten in einer Partei, die doch wahrlich in Folge der vielen Feindproben, welche sie bestand und immer noch zu bestehen hat, geklärt erscheinen müßte, zu offizieller Diskussion gelangen. Wir glauben mit Recht behaupten zu dürfen, daß solche Erörterungen unserer Sache mehr schaden, als der von Breuel beanstandete revolutionäre Charakter des „Sozialdemokrat.“ Ernst Breuel müßte doch wohl in erster Linie bedacht haben, ehe er zu seiner Anklage schritt, daß auch die schärfste Sprache desselben lediglich das Produkt der jetzigen Zeit und Umstände ist.

Was hat die Sozialdemokratie aus ihrer Objektivität herausgeriffen? Doch wahrlich nur jenes saubere Süddeutsche Weltgeschick, genannt Sozialistengeß, in Verbindung mit der rohen, willkürlichen Handhabung desselben, gar nicht der früheren Drohung eines Eulenburg und Konforten zu gedenken!

Wären denn nicht die Sozialdemokraten schon von Anbeginn ihres Auftretens an Wähler, Revolutionäre, Unzufriedene? Weit entfernt, die objektive Kampfesweise der Sozialdemokratie zu verwerfen, können wir aber, wo unser „erster Staatsmann“ die wissenschaftlichen Fundamentalsätze derselben als „verbrecherische Thorheiten“ erklärt und sie in Folge dessen von diesem aller gebundenen Vernunft hochsprühenden Standpunkte aus verfolgt, wo man den gerechten Forderungen der Arbeiter Hülfe und Söbel entgegenstellt, uns der Ansicht nicht verschließen, daß auf diesem Wege allein die Befreiung der Arbeit ermöglicht würde.

Ein altes Sprichwort sagt: Wer Haß säet, wird Haß ernten. Sollte es uns darum zu verargen sein, wenn wir eine Faust machen, während unser Gegner schon zum Hiebe ausholt, ja schon schlägt? Wir sind auf eine Bahn gedrängt worden, wo es gilt, entweder Auge um Auge, Zahn um Zahn zu kämpfen, oder aber uns zurückwerfen zu lassen in die Zeiten des trassesten Absolutismus.

Wir stellen uns daher, dieser unserer Ansicht gemäß, vollständig zur Seite des „Sozialdemokrat“, ohne auch nur im Geringsten die wissenschaftlichen und geschichtlichen Momente des Sozialismus zu verleugnen. Wir rechtfertigen vollständig seine nur logischen Schlüsse, welche er aus den haarsträubenden Maßnahmen unserer Gegner zieht, denn sie haben es verstanden, den Hieben, welche die Sozialdemokratie mit dem blanken Stahl der Wissenschaft so wuchtig anzusetzen wußte, mit denen der brutalen Gewalt zu antworten. Sie drücken uns dadurch andere Waffen in die Hand, und diese müssen wir führen lernen, um, ausgerüstet mit geistigen sowohl als physischen Waffen, die Befreiung der Arbeit ihrer endgültigen Lösung entgegenzuführen.

Was nun die Handhabung der geistigen Waffen betrifft, so erlauben wir uns, die Frage an die verehrte Redaktion zu richten, ob es nicht in Ermangelung aller schriftlichen Aufklärung geboten erschiene, ein in kleinerem Formate gehaltenes wissenschaftliches Agitationsblatt entweder als Beilage des „Sozialdemokrat“ oder als Extraausgabe der Redaktion, wenn auch erheerbar dadurch eine Preiserhöhung erfahren müßte, erscheinen zu lassen, und besonders im Interesse der jüngeren Genossen. Weit entfernt, in dieser Sache allein maßgebend sein zu wollen, glauben wir uns doch eine Anregung dieses so wichtigen Gegenstandes nicht verargen zu dürfen.

Die Stimmen der Genossen in Marburg
(Hessen).“

NB. Soeben lesen wir in Nr. 6 des „Sozialdemokrat“, daß auch die Barmer Genossen eine Anregung in obiger Frage gegeben, sowie das Azept der Redaktion dazu, welches wir mit Freuden begrüßen!

Sozialpolitische Rundschau.

Jülich, 22. Februar 1882.

— Quittung. In der Norddeutschen Allergemeinen stellt Bismarck's Oberhaupt in Dresden unsern Freunden im sächsischen Landtage folgende Quittung über die von ihnen dort ausgeführten Hiebe aus:

„Im sächsischen Landtage haben neuerdings die sozialistischen Abgeordneten durch ihr herausforderndes Verhalten die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Namentlich zeigt sich der Abgeordnete Bebel bereit, sein Landtagsmandat, mit welchem ihn der erste Leipziger Wahl-

*) Für diese Nummer zu spät erhalten wir noch eine Zuschrift aus Hamburg, in der Gen. Rothbart im Auftrage der dortigen Genossen dieselben dagegen verwarht, gleicher Ansicht wie Herr Breuel zu sein. Daß sich die Abonnentenzahl seit Juli um das Fünffache gehoben, beweist vielmehr das Gegenteil.“

Frei bekannt hat, als Ventil für die destruktiven Lehren seiner Partei zu benutzen. Von der Rednertribüne der sächsischen Zweiten Kammer herab spricht er und der ihm sekundierende Stab der Gesinnungsgenossen nicht etwa zu den Abgeordneten im Saale, sondern über die Mauern des Ständehauses hinweg zu denjenigen Bevölkerungskreisen, aus denen er Anhänger zu werben hofft. Damit die öffentliche Aufmerksamkeit erregt und dadurch die nötige Wirkung erzielt wird, werden mit möglichst rücksichtslosen Mitteln Interpellationen inszeniert und Aufrufe hervorgebracht von der Art, wie diejenige der Sitzung vom 9. d. Mts. Die stenographischen Niederschriften der sozialistischen Kammerreden, welche durch die Zeitungen in alle Kreise der Bevölkerung verbreitet werden, sind ihnen ein willkommener Ersatz für die durch das Sozialistengesetz unmöglich gemachte Propaganda durch die sozialistischen Zeitschriften und ihre Reden in den Partei- und Volksversammlungen. Offenbar unter dem Impuls des Abgeordneten Bebel tritt daher die Rührigkeit der sozialistischen Abgeordneten in der diesjährigen Session des Landtages ganz besonders hervor, und jede Gelegenheit wird von ihnen benutzt, um mit möglichstem Elan ausgehaltene Angriffe unter dem Beifall ihrer zahlreich auf den Gallerien versammelten Gesinnungsgenossen gegen die Regierung in's Werk zu setzen.

Folgt eine Jeremiade über die ungerechtfertigten Anklagen gegen die arme preussisch-sächsische Justiz u., worauf es am Schlusse heißt:

„Wenn nun auch die ministeriellen Vorlesungen den Ungrund aller jener Anklagen zur Evidenz erweisen (Arme gekrauste Unschuld! Red. d. S. D.), so ist doch die ganze Art und Weise des jetzigen Vorgehens der Sozialisten im sächsischen Landtage dazu angethan, das parlamentarische Leben schwer zu schädigen. Auch die liberalen Blätter erkennen an (Natürlich, weshalb wäret sie auch sonst „liberal“! Ann. d. Red.), daß der von ihnen angeklagte, jedes Anstandsgefühl ermangelnde Ton die Achtung vor der Volksvertretung nicht zu erhöhen vermag. Die Achtung vor der Volksvertretung wird bekanntlich nur durch Beachtung derselben vor der Regierung erhöht. Trotz viermaligen Ordnungsrufes überboten sie sich in der oben erwähnten Sitzung immer von neuem in Beleidigungen, die in dem Vergleich der Landtagsabgeordneten mit „Puppen“ ihren Gipfel fanden, und drohten wiederholt mit der Revolution.“

Dieser Wutherguß des diemarschen Leibblattes, das seit einiger Zeit mit einem Eifer, der die Anarchisten zu Thränen rühren muß, gegen das allgemeine Stimmrecht befehrt, ist der beste Beweis, daß unsere Freunde ihre Pflicht und Schuldigkeit im vollsten Maße erfüllt haben. Wir antworten daher Eure Luitung, lieberer Vindict!

— Das Gefändniß Szimath's wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf das Schicksal des unglücklichen Bänger leider ganz ohne Einfluß sein. Wie sich jetzt hinstellt, hat nemlich das Reichsgericht Bänger nicht der direkten Thäterhaft, sondern nur der Beihilfe zur That schuldig befunden und darauf hin verurtheilt. Würde nun auch selbst anerkannt, daß Szimath der eigentliche Thäter ist, so wäre die „Beihilfe“ davon durchaus nicht berührt. Der arme Bänger wird also seine drei Jahre Zuchthaus abtun müssen — falls er so lange lebt. Das Urtheil des Reichsgerichts erscheint aber jetzt noch weit in'samer als im Anfang. Die Herren hatten offenbar das Bewußtsein erlangt, daß Bänger nicht der Thäter war. Sie würden ihn sonst nicht bloß der Beihilfe schuldig gesprochen haben. Und wegen Beihilfe zu dem Verbrechen der Anlebung eines Flugblattes drei Jahre Zuchthaus! In den Annalen der Justizmorde ist Keinesliches noch nicht vorgekommen. Und ein Justizmord im vollsten und eigentlichen Sinne des Wortes ist dies, denn das unglückliche Opfer wird nach dem Zeugniß seines Arztes die drei Jahre Zuchthaus nicht überleben. Das Leipziger Reichsgericht hat ihm faktisch zum Tode verurtheilt, zu der, nun auch in Deutschland eingebürgerten, trockenen Guillotine.

— Die Rechtskomodie in Posen hat, wie vorausgesetzt war, mit einer Verurtheilung unserer Freunde geadelt. Für das Verbrechen, unter den polnischen Arbeitern die Lehren des Sozialismus zu verbreiten, dieselben zur Wahl von Sozialisten in den Reichstag, zur Bildung einer geeigneten Wahlorganisation aufzufordern zu haben, sind unsere Genossen Strafen auferlegt worden, wie sie eben nur der politische Gegner, der gesäßige Streber, nicht aber der unparteiische Richter verhängen kann. In diesem Zweck mußte bei den Hauptbeteiligten der berüchtigte § 130 herhalten. Um den Schein der Unparteilichkeit zu wahren, wurde einer der Angeklagten, Genosse Gorcejewski, freigesprochen. Verurtheilt wurden dagegen:

Wrocislaw Trudzkowski zu 2 Jahre 9 Monaten Gefängniß und 3 Monaten Haft,
Em. Janidzewski zu 2 Jahren Gefängniß und 2 Monaten Haft,
Stanislaw Mendelsohn zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängniß und 3 Monaten Haft,
Marie von Jankowska zu 3 Monaten Haft,
Bujakiewicz zu 5 Monaten Gefängniß,
Kosobuski zu 1 Monat Gefängniß.

Von Rechts wegen!

Die Haltung unserer Genossen war eine vorzügliche. Da die Herren Rechtspfaffen dies nach dem Verhalten derselben während der Untersuchung voransahen, so gaben sie ihnen Befehl, keinen Arbeiter als Zuhörer zuzulassen. Ein Genosse schreibt uns darüber:

„Nicht allein Adel und Pfaffen sind als Zuhörer vertreten, sondern auch die Bourgeoisie, indem Karten ausgegeben werden, wie zu einer Vorstellung. Alles dagegen, was nach Arbeit riecht, hat keinen Zutritt. Zwei Genossen wandten sich an einen der Verteidiger mit der Bitte, Mendelsohn aufmerksam zu machen, daß er den Präsidenten ersuchen möge, auch Arbeitern Einlaß zu gewähren, da der Zuhörerraum immer nur halb gefüllt sei. Dieser Herr schlug es aber ab mit der Erklärung, es läge vollständig im Belieben des Präsidenten, die Karten so zu vertheilen, wie es ihm passe. (Da rede noch Einer vom „Rechtsstaat“.) Beflagte Genossen wurden bei dieser Gelegenheit vom Polizeikommissar Kettner im Zeugenzimmer befragt, was sie seien. Auf die Antwort: Zigarrenarbeiter, brüllte beflagter Hollantz sie an, daß sie sich sofort entfernen mögen, da Befehl gegeben sei, keinen Zigarrenarbeiter einzulassen. (Beflagter Kettner ist überhaupt ein großer Flegel allgemein bekannt.) Nicht allein uns, die wir als Sozialisten bekannt sind, geht es so, überhaupt alle Arbeiter werden von den elenden Polizeifellen, welche das Gerichtsgebäude anfüllen, durch Grobheiten aller Art gezwungen, dasselbe zu verlassen. Die Wirkung dieser ebenso feigen wie dummen Maßregel ist ausgezeichnet. Im nächsten Briefe mehr.

Der alte Rothe.

— Einer der größten Schwarmmischer unter den fortschrittlichen Schwarmmischern par excellence ist Herr Ludwig Löwe, einmalen Sozialdemokrat, jetzt aus wirtschaftlichem wie politischem Gebiete ein Reaktionsär wie er im Buch steht. Am 13. ds. hielt er in seinem Wahlkreis (dem ersten Berliner) eine Rede, die ein „Rechenkalenderbericht“ über die vergangene Reichstagsession sein sollte, in Wirklichkeit aber eine Reklame für die Fortschrittspartei nebst obligater Selbstveränderung war. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Ex-Sozialdemokrat, antwortend an die verunglückte Mas-Debatte vom 24. Januar:

„Die Fortschrittspartei habe jederzeit auf dem Boden der Verfassung, und wenn sie eifrig bemüht sei, die dem Volke durch die Verfassung garantierten Rechte zu wahren, so habe sie auch stets mit voller Gewissenhaftigkeit die Rechte der Krone respektirt. Gerade die Reaktionsäre im protestantischen wie im katholischen Lager seien es, welche die Rechte der Krone zu Gunsten des Papstes opfern wollten. Jeder Preusse betrachte die Krone als die Garantie der Stabilität; der Monarchismus sei bei allen Preussen gleichmäßig zur unerschütterlichen Tradition geworden. Dagegen

aber sehe in dem deutschen Volke auch wir, als in jedem anderen, das harte Verlangen nach Unabhängigkeit des einzelnen Individuums.“

Die Krone die Garantie der Stabilität! Herr Löwe hat offenbar nicht gehört und gelesen, was seit Jahren in Rußland vorgeht. Wenn es ein Land gab, wo die sogenannte „Krone“ stark und „stabil“ war, so war dies Rußland. Und was ist aus dieser stabilen „Krone“ geworden? Ein elendes Schilfrohr, das dem Wind hin und hergeweht wird, und vom ersten heftigen Windstoß geknickt werden kann! Aber Rußland ist nicht Preußen, sagt vielleicht Herr Ludwig Löwe. Nun wie stand es denn um die preussische Krone 1806 nach der Schlacht von Jena? Wie stand es um die preussische Krone 1848 nach dem 18. März, als Friedrich Wilhelm IV. auf das Kommando des Volkes: Hut ab! vor den Leichen seiner „sieben Berliner“ das Haupt entblößen mußte und hernach zwischen dem Erzprinzen Steiner und dem Erzherzogen Urban, im Schatten der über ihm geschwebenden schwarz-roth-goldenen Fahnen seinen unvergesslichen Umzug hielt, der ihn und sein „dem Herrn dienendes Haus“ fast noch tiefer demüthigte, als jener moralische Justizfall vor den Leichen seiner Opfer, der von Freiligrath so herrlich geschildert worden ist, aber leider noch keinen Nater gefunden hat, obgleich er den Juchstall Heinrich IV. im Schloßhof zu Tanosfa an pöndender Tragik übertrifft, und für malerische Darstellung weit besser eignet.

Momentan ist die Hohenzollern-Krone allerdings scheinbar „stabil“, aber war sie nicht auch stabil vor 1806 und vor 1848? Und zeigt nicht die bloße Thatsache, daß sie im ersten der beiden genannten Jahre nur durch die Gnade eines fremden Despoten, und im zweiten durch die Gnade des bis zur Dummheit gutmüthigen Volkes den Hohenzollern erhalten blieb, mit unabweislicher Logik, daß die Krone der Hohenzollern nicht stabil ist und also auch keine „Garantie der Stabilität“ sein kann? Jetzt ist die „Krone“ der Hohenzollern auf dem besten Wege, vermittelst der russischen Zustände, die das „neue Reich“ geschaffen, auch dem Loos der russischen Krone zu verfallen.

„Der Monarchismus ist bei allen Preussen eine unerschütterliche Tradition geworden!“ Ei, ei! Herr Ludwig Löwe! Wohl bei Johann Jakob, dem Republikaner? Wohl bei Max Dorn, dem hinterlistig gestandrechtelten? Wohl bei den Hunderttausenden preussischen Sozialdemokraten, denen das Sozialistengesetz und der Belagerungsstand längst den letzten Rest von „Monarchismus“ ausgetrieben haben? Es gab eine Zeit, da Herr Ludwig Löwe selbst sich zum Republikanismus bekannte. Es ist aber schon lange her. Er war damals noch kein reicher Fabrikant, noch nicht Regierungs-Kontraktor. Seit er Bourgeois geworden ist, hat er auch den Republikanismus nebst dem Sozialismus abgelegt und ist eine politische Wetterfahne geworden, wie sich das für einen Bourgeois geziemt! Man werfe ihn zu den Uebrigen!

— Aus Sachsen, 17. Febr. „Im sächsischen Landtage jaubt bei der gestrigen Gesängnisdebatte der Stoc so warme Vertheidiger, daß man ihn wohl als eine deutsche Nationalinstitution wird anerkennen müssen, denn für nichts Geringeres vermag sich der indolente sächsische Landtag sonst zu begeistern. Der Ausschußbericht war nur vorichtig mit dem Stocke herangeht. Das Wort Prügelstrafe hat — wie Abgeordneter Freytag bemerkte — dem Berichtstatter nicht aus der Feder gewollt und er hat es unterschrieben. Anders aber die Großbauern, welche den ganzen rechten Flügel der kleinen Kammer bederrschen! Da kam der Abgeordnete May und verwünschte die Humanität, welche den Bauern das Eigentum nicht genug schätze. Den Baum- und Feldweidern gehörte „Hänselundgrätz“, das „Voll“ begreife die Nachsicht der Theoretiker nicht, es wolle die Prügelstrafe, sonst werde es zur Unschicklichkeit greifen! Daß dieser wackere Volksvertreter die durch Weiz und Habacht vertheilten Kornwucherer u. s. w. unter „Voll“ versteht, bedarf keiner Bemerkung. Dem Herzengerguß des konservativen Bauern schloß sich — um die Thatsache der einen reaktionären Masse zu beweisen — der fortschrittliche Agitator und Bimetallist Heine aus Leipzig an, der die Humanität verwünschte, weil er einmal einem jungen gebildeten Menschen Verdienst verschafft und alte Kleider gekauft, und dieser Mensch ihm dafür nicht dankbar sei. Man sehe daraus, daß die Menschen zu Thieren werden und daher auch demgemäß behandelt werden müßten. Nachdem die Volksvertreter so offen gesprochen, rühte auch die Regierung mit der Sprache heraus und sagte, daß allerdings Straferschürungen in den sächsischen Anstalten in Aussicht stehen, von zwei Anstalten sei sogar die Prügelstrafe beantragt worden. Der Minister fügte hinzu, daß das Projekt von Strafolanien seitens der Reichsregierung im Auge gefaßt worden sei; auf Interpellation Lieblich's hierüber verbesserte er sich aber und sagte, er habe nur das Samoa-Projekt überhaupt gemeint. Der Stoc in der Schule wurde vom Minister ausdrücklich als notwendig erklärt, wie sich auch der alters- und geisteschwache Schuldirektor Heger ausdrücklich zur Fühne der Prügelpädagogie bekannte. So schwärmten Alle für den Stoc, den übrigens heute auch die „Dread. Nachrichten“ in einer widerlich rohen Ode besingen, nur die Sozialdemokraten waren auch hier Diejenigen, welche für Humanität und Gesittung eintreten.

Genosse Otto Freytag widerlegte gleich zu Beginn der Debatte in glänzender Rede die Behauptung, daß der Strafvollzug in Sachsen zu milde sei, und führte für den Umstand, daß Armenhäuser ins Zuchthaus wüßten, die grauenhaften Zustände in unseren Armenhäusern an, wo weder Recht noch Disziplin existirt und jeder Anstaltsbeamte seine Lappen an den unglücklichen Häslingen auslasten kann, während im Zuchthause doch wenigstens ein gebildeter Direktor und eine strengere, aber geregelte Disziplin vorhanden ist. Welche Mißde in Sachsen gegen Verurtheilte geübt wird, dafür spricht das Bild, welches Redner auf Grund genauer Informationen über die Gefangenenanstalt für Frauen in Soigtzberg entwarf. Gerade diese Anstalt ist die einzige, in welcher noch regelmäßig geprügelt wird, obgleich dahin keineswegs die schweren Verbrechen kommen, da dieselben bekanntlich im Zuchthaus untergebracht werden. An der Spitze dieser Anstalt steht ein Geistlicher, und dieser läßt die Prügel an den Frauen durch den Schuster der Anstalt vollziehen. (Privatim wird mir von kundiger Seite versichert, daß der Pfaffe den Exekutionen stets beiwohnt und sich mit tenärischer Wollust an den Prügel-Organ ergötzt!) Der Redner wies die Prügelstrafe, welche, ebenso wie die Todesstrafe, stets in Zeiten der Reaktion auf die Tagesordnung kommt, juristisch, als der Würde der Menschheit nicht entsprechend. Genosse Bebel schloß sich dem energisch an und führte aus, wie die heutigen sozialen Zustände das Verbrechen großziehen und die heutige Gesellschaft die eigentliche Schuldige ist. Man solle das Recht auf Arbeit anerkennen, dann werden die Verbrecher, und namentlich auch die rücksichtigen, sich sofort vermindern. Der Abgeordnete Lieblich erwiderte dem Minister auf seine bräuliche Bemerkung, daß der Staat, ehe er an Humanität denken könne, erst die christlichen Tugenden vor Verbrechen schützen müsse, der Staat erfülle diese Pflicht keineswegs, da die Verbrechen sich vermehren. Wenn es den Menschen im Zuchthaus besser gehe als in der Freiheit, so solle die Gesellschaft diesen schrecklichen Zustand beseitigen durch Besserung der sozialen Lage des Volkes. Wenn der fortschrittliche Abg. Heine den Fortschritt der Menschheit leugnete, sei er im Irrthum. Die menschliche Entwicklung geht vorwärts, sie hat aus dem Thier den Menschen entwickelt, nur unsere verkehrte Zivilisation führt den Menschen wieder zum Thiere zu erniedrigen. Da man hierauf nichts zu erwidern wußte, schloß diese Debatte.

— „Franzosen in Preußen oder Preussische Gerechtigkeit“ betitelt sich eine im Verlage von E. W. Krebs in Bern erschienene Broschüre, welche wir allen Deinen zum eingehenden Studium anrathen, die noch an den „Richter in Preußen“ glauben. Sie handelt von dem Prozeß der unglücklichen Elise Hefels gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten Wurm b, den allmächtigen Hülf-

ling Wilhelm's des Milbberggen. Die Insamie der feilen Regierungsoffice, die Feigheit der „berühmten“ Advokaten, welche unter allerhand wichtigen Vorwänden die Führung, bzw. Weiterführung des Prozesses verweigerten, die Korruption der Richter, die brutale Rohheit der „Wahrer des Rechtes“, Staatsanwälte genannt, die schmutzigen Zustände in den Warteerkhöhlen, auf preussisch „Gefängnisse“, Alles das gelangt in der Broschüre, auf die wir gelegentlich noch zurückkommen, zur lebendigen und atmenmäßigen Darstellung. Wir halten es daher für unsere Pflicht, dieselbe bestens zu empfehlen. Bei Gegnern, in denen das Rechtsgefühl noch nicht erloschen ist, kann sie einen guten Anhang zur Untergrabung des Autoritätsglaubens bilden.

— Aus Oesterreich schreibt man uns: Aus dem Laude der Niedertracht eine Niederträchtigkeit zu melden, heißt eigentlich Eulen nach Athen tragen. Wir können deshalb unsern Bericht über den letzten „Monfré“-Sozialistenprozeß gegen 31 Genossen, der in Prag am 23. Januar begann und am 4. Februar zu Ende geführt wurde, kurz fassen. Die Schurkerei der österreichischen Behörden wird durch ihre Dummheit begrenzt, so daß es ihnen seit geraumer Zeit nicht mehr möglich ist, sich zu überbieten. Gemüthlich bewegt sich der österreichische Bureaukratismus in der allgeordneten Treitmühle, und stolpert von unglücklichen willkürlichen Hausdurchsuchungen und Konfiskationen und anderen kleinen Diebereien ausgehend, immer weiter zu langwieriger Untersuchungshaft Unschuldiger, zu Gerichtsverhandlungen mit Ausschluß der Öffentlichkeit, und geschützt durch diese Heimlichkeit, zu erfundenen Anklagen und Beurtheilungen, die selbst einen Tartarischen machen könnten.

Auch der letzte „Monfréprozeß“ bewegte sich in diesem ausgefahrenen Geleise. Die Geheimhaltung der Verhandlung allein schützte Staatsanwalt und Richter vor der Beurtheilung durch die öffentliche Meinung. Ebenfalls ein alter Gannerkniff war es, eine Majestätsbeleidigungsanlage einzuflechten, um auf diese Weise die Geschworenen auszuschließen, denen man nicht recht traute, trotzdem sie alle Vollblutbourgeois sind. Es wäre der österreichischen Beamtennatur zuwider gewesen, besonders schlaue bei der Begründung der Majestätsbeleidigung vorzugehen. Die Anklage gegen Japotsky, Kottl und Jonata stützte sich in ihrer Beziehung auf einige unglückliche Aeußerungen über Alexander II. von Rußland, welche bei der Solidarität aller Herrscher auch auf den Kaiser von Oesterreich bezogen werden könnten! Bravo, Franzl, entwidelst ein rührendes Klassenbewußtsein.

Ebenso alt wie der Kniff mit der Majestätsbeleidigung ist der, den Spieglbürger graueln zu machen, sei es auch in der plumpesten Weise von der Welt. Auch das geschah, der österreichischen Tradition entsprechend, mit möglichster Dummheit. Die betreffende Stelle der Anklageschrift ist zu lässlich, als daß wir sie nicht wiedergeben sollten. Es heißt da:

„Wie überaus gefährlich aber diese geheime Gesellschaft für den Staat erscheint und welches ihr bis jetzt geheim gehaltenes Endziel ist, ergibt sich aus folgenden zwei Thaten: Am 12. Mai 1881, gegen 9 Uhr Abends, wurden von der Thun'schen Gasse auf der Kleinfeste aus in die unterirdische Pferdestallung des Hauses Nr. 1/III, wo sich die Statthalterei befindet, zwei Dynamit-Patronen oder Petarden, eine mit dem glühenden Hölzchenwamme, geworfen. Der im Stalle gerade anwesende Kutscher Anton Simunek schaute sofort den Schwamm, und löste der zufälligen Anwesenheit des Kutschers ist es zu danken, daß die höchst gefährliche Explosion jener Petarden verhütet wurde.“

Am 7. August 1881, um 4 Uhr Nachmittags, sichtete Franz Kovak, als er bei den Tharwar'schen Mühlen Fische fing, in seiner Fischreufe eine Hölzchenmaschine, die sogenannte Thomasuhr, heraus, welche Maschine bloß bei Attentaten aller Art benötigt wird (!) und welche Maschine der Besitzer in die Moldau höchst wahrscheinlich aus Furcht vor Entdeckung geworfen hat. Der obrigkeitlichen Nachforschung gelang es zwar nicht, diejenigen Personen zu ermitteln, welche die Petarden geworfen und die Hölzchenmaschine in die Moldau verpackt haben, so viel wurde aber konstatiert, daß sowohl diese Petarden als die Hölzchenmaschine mit der geheimen sozialdemokratischen Propaganda im Zusammenhang sind.“

O weiser Daniel! Man weiß nicht, wer die Petarden und die für „Attentate aller Art“ so beliebte Thomasuhr gebrauchen wollte — aber auf jeden Fall sehen sie mit der sozialdemokratischen Propaganda im Zusammenhang — in welchem, weiser Daniel? Vielleicht in dem, daß man um diese Propaganda zu schädigen, durch Spiegelschand die Petarden dem Kutscher in die Hände spielte?

Und aus diesem „Zusammenhang“ schöpft der Staatsanwalt seine Klarheit über die „bis jetzt geheim gehaltenen Endziele“ der Sozialdemokratie!

Kein Wunder, daß Staatsanwalt und Richter wie Schuljungen vor den Angeklagten dastanden, welche sich meisterhaft vertheidigten und die ganze Anklage in ihr Nichts versinken ließen.

Thut nichts, der Jude wird verbrannt!

Wenn auch die Richter zu dumm sind, es zu erkennen, so fühlen sie es instinktiv, und falls sie selbst dazu zu stupid sein sollten, wird es ihnen in Instruktionen von oben eingebläht, daß die Gefährlichkeit der Sozialdemokraten nicht in Petarden und Hölzchenmaschinen, welche man in Fischreufen verpackt, besteht, sondern in der Kraft ihrer Ideen und der von ihnen vertretenen Arbeiterklasse und in der Fühnlung der heutigen Gesellschaft. Das Verbrechen, dessen sich die 31 Angeklagten schuldig machten, bestand darin, Arbeiter und nicht korrupturp zu sein. Heute ist in Oesterreich — und anderswo — jeder ein strafwürdiger Verbrecher, der nicht ein Lump oder Trottel ist. Nur die allgemeine Korruption und Verdrummung kann Oesterreich noch retten — und darum ist staatsgefährlich, wer dieser Verdrummung und Korruption entgegenarbeitet.

Wer das einseht, wird auch die folgenden Beurtheilungen nach ihrem wahren Werthe zu schätzen wissen. Es wurden verurtheilt: Genosse L. Japotsky, Redakteur des „Boudoucnost“, und J. Rezier zu 18. K. Kottl, Fr. Jonata, Fr. Wavaczek, Bol. Pecta zu je 14 Monaten schweren Kerkers wegen Majestätsbeleidigung und Geheimblindelei, L. Kochmann zu 1 Jahr schweren Kerkers wegen Majestätsbeleidigung, Korb. Jonata, und 19 weitere Angeklagte wegen Geheimblindelei zu verschiedenen Strafen von 10 Monaten strengen Arrest bis zu 1 Monat Arrest.

Und der Staat ist noch immer nicht „getretet“!

— Aus Frankreich. Leider verbiest uns der Naummangel, den vortrefflichen Brief Lamoross, wie wir es beabsichtigt, im Parteiorgan abzufragen. Von einer theilweisen Wiedergabe sehen wir gleichfalls ab, nachdem die Hauptstellen des Briefes bereits die Runde durch die deutsche Presse gemacht haben. Ueber die Ausweisung selbst schreibt uns ein Pariser Genosse:

„Die neue Regierung hat ihre Wirksamkeit in recht würdiger und vielversprechender Weise begonnen. Nachdem gerade ein Jahr verlossen, seitdem der berüchtigte Andrieux die letzte seiner massenhaften Ausweisungseröffnungen erlassen, geschieht das Unerhörte, von Niemand für möglich Gehaltene: die Nachhaber der „Republik“ beginnen die Verfolgung der wahren Republikaner aufs Neue! Und zwar ist diese Verfolgung von so schmähsicher, als sich in der That die Erklärung des Ministerpräsidenten Freycinet, daß die Ausweisung Lamoross das Werk des Ex-Republikaners Gambetta sei, zu bewahren scheint, wodurch übrigens die jetzige Regierung, welche an das Werk ihres Vorgängers die letzte Hand legte, nicht ihrer Verantwortung ledig wird. Der Grund, warum die Regierung die französische Republik neuerdings zum Hausknecht der Monarchie herabwürdigte, liegt in der Sucht Gambetta's, um jeden Preis eine lärmende auswärtige Politik zu machen, eine Sucht, welche dahin führte, daß das durch die unglückliche Verblendung seiner Regierenden bereits mit dem tuncstischen Abenteuer bedachte Frankreich nur durch den Zurz Gambetta's einem

unmittelbar bevorstehenden ägyptischen Krieg entging. Das sich die leitenden Kreise Frankreichs aber schimpflicher Weise gerade gegen den moskowitzischen Absolutismus besonders gefällig zeigen, liegt an der in allen einflussreichen Bourgeoispartei mehr oder minder verbreiteten chauvinistischen Idee eines französisch-russischen Bündnisses, gegen Deutschland selbstverständlich. Und doch ist eine größere Verbindung, als der Wunsch nach einem solchen Bündnis, gar nicht denkbar. Das republikanische, das revolutionäre Frankreich, das Land der Menschen- und Bürgerrechte, des Königsmordes und des seit einem Jahrhundert währenden Unruhens — verbunden und verbrüdet mit der tyrannischen und barbarischen Monarchie Europas! Das Frankreich in einem an der Seite Rußlands geführten Krieg — ganz abgesehen von der ungenügenden Einflüsse, die es erleiden müßte — auf alle Fälle verlustvoll wäre, liegt auf klarer Hand. Denn daß das Väterchen an der Renna im Falle eines Sieges dafür sorgen würde, daß derselbe nicht zur Stärkung der französischen Republik und zur Vernichtung der ihm so sympathischen deutschen Monarchie führe, ist klar; während im Fall der Niederlage Frankreich schon aus geographischen und national-ökonomischen Gründen alle Kosten zu tragen hätte. Es ist schon aus dieser einen „staatsmännischen“ Idee ersichtlich, wie geistlos die Bourgeois geworden und wie notwendig es ist, daß ihr das Volk möglichst bald die Herrschaft entwidet.

Uebrigens soll, oder sollte es wenigstens, bei der Ausweisung Lawroffs nicht sein Besondere haben. Wie jetzt bekannt wird, war Gambetta unmittelbar vor seinem Sturz im Begriff, weitere acht Ausweisungen zu verfügen; wen sie betreffen sollten, ist noch nicht bekannt. Ob die jetzige Regierung angesichts des durch die Ausweisung Lawroffs verursachten Ärmens die Mühen haben wird, auch diese „Bersprechungen“ ihres Vorgängers auszuführen? Unmöglich ist's keineswegs, um so mehr, wenn man bedenkt, daß sie längst einer Anzahl besonders gravirter Irlander (Anhängern der Gruppe der „Republik Irland“) indirekt die Aufforderung zugehen lassen, sich binnen vier Wochen auf die Seeküste zu machen, widrigenfalls u. s. w. Wie lange werden diese beharrlich-republikanischen Bourgeoispartei noch den Namen des französischen Volkes schänden dürfen?

Witterweite hat Lawroff, am 13. ds., den „gastlichen“ Boden Frankreichs verlassen, um in dem monarchischen England Zuflucht zu suchen. In seiner Abreise war eine ziemliche Anzahl Freunde und Bekannungsgegnern erschienen, darunter selbstverständlich überwiegend Russen. Unser Genosse B. K. war namens der deutschen Sozialisten erschienen und drückte Lawroffs angesichts seiner Verfolgung die Sympathien der deutschen Sozialdemokratie, sowohl für ihn als für die tapfere und opfermüthige russische Revolutionspartei überhaupt, aus. Jaesard, von der Kommune, war von den Franzosen anwesend. Dieses Geleite des ausgewiesenen Rüstlings machte großes Aufsehen, und unter den anwesenden französischen Bürgern, die Bahn- und andere Beamte nicht ausgenommen, fielen sehr scharfe Bemerkungen der schmachvollen Handlungsweise der Regierung.

Am nächsten Donnerstag wird Louis Hughes die Regierung über die Ausweisung und das Bersprechen auf Aufhebung, bzw. Abänderung des Ausweisungsgegesetzes, interpelliren. Ich werde Ihnen darüber berichten.

In Italien ist ein neues Wahlreformgesetz angenommen worden, nach welchem die Zahl der Wahlberechtigten auf zwei Millionen ausgedehnt wurde, während beim allgemeinen Wahlrecht der erwachsenen Männer die mehr als dreifache Zahl stimmberchtig sein müßte. Die große Masse der Proletariat bleibt politisch rechtlos. Damit aber doch nicht etwa hier oder da ein Wahlkreis einen sozialistischen Vertreter in die Gesetzesfabrik hineinschickt, hat man obendrein die Eisenwahl beschlossen, d. h. es werden für größere Distrikte nach Uthen mehrere Kandidaten gewählt, so daß nur die stärksten Parteien zur Vertretung gelangen.

Trotzdem diskutiren die italienischen Sozialisten jetzt eifrig die Frage, ob sie nicht aus propagandistischen Gründen wenigstens in die Wahl- agitation eingreifen sollten. Der „Avanti“ spricht sich dafür aus, und die Gründe, welche er anführt, können wohl als stichhaltig gelten.

Unter den Studenten der Universität Bologna ist eine umfangreiche antikirchliche Bewegung ins Leben getreten. Derselbe beschränkt sich indessen nicht auf Angriffe auf den Merkantilismus, auch die politisch-sozialen Institutionen werden in freien Vorträgen diskutiert und der Sozialismus zählt bereits eine stattliche Anzahl begeisterter Anhänger unter den Schülern dieser berühmten Hochschule.

Obne uns über die Tragweite dieser Agitation Illusionen hinzugeben, haben wir doch allen Grund, uns derselben zu freuen. Das klingt doch ganz anders als die Berichte von den deutschen Universitäten.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

Berlin, 2. Februar. Am Dienstag, den 24. Januar, tagte hier, Wilhelmstraße 118, der Verein für Verbesserung des öffentlichen Sittlichkeits. Frau Guillaume-Schad hielt einen Vortrag „über die unrichtigen gesetzlichen und politischen Bestimmungen in Betreff der Prostitution.“ Hier auf der einen Seite Verbot und strenge Bestrafung des einen „Schuldigen“, des weiblichen, während der männliche frei bleibt und noch geschützt wird. Auf der anderen Seite Duldung und Schutz in den öffentlichen Klüften und durch sittenpolizeiliche Kontrolle, also Schutz des sonst verbotenen Verbrechens gegen die Sittlichkeit und Moral. Im sonstigen öffentlichen Leben kann kein minoritärer Mensch selbstständig ein Gewerbe betreiben, in der Prostitution können Mädchen von 16 Jahren an dies schimpfliche Gewerbe betreiben, wenn sie sich unter Kontrolle stellen, und die Behörde trägt nicht nach Eltern, nicht nach Vormündern oder Ehegatten. Vortragende meint, was unrecht sei, müsse es immer sein, und es dürfen nicht einzelne leichtfertige, aber mehr nach unerfahrenen, leicht oder gar nicht erzogene Menschen zum Genuss für Andere von Staats wegen gepöpselt werden, der Verein müge sich daher mit Petitionen an Abtheile an die Gesetzgebung wenden.

Herr Geheim-Sekretär B. K. machte den Verein auf die vier Zentral- punkte der öffentlichen Unsitlichkeit aufmerksam: 1. Das Theater, er sprach jedoch nicht von den Stücken, sondern von der unmoralischen Behandlung der Schauspielerinnen von Seiten vieler Agenten und Direktoren (ich meine auch, Stücke werden nur geschrieben und gegeben, wie das Publikum sie sehen will). 2. Die weibliche Bedienung in den Kneipen. 3. Der Handel der Kinder und jungen Mädchen in den Lokalen und auf den Straßen, und als 4. (wohl nicht?) der ungenügende Erwerb, die miserable Bezahlung der weiblichen Arbeit, wovon unmöglich ein Mensch ehrlich bestehen könne.

Auch der Vorsitzende, Herr O. v. Feinert, meinte, er habe sich vor einigen Jahren im schlichten Arbeiter-Kost, nicht als Mann der Wissenschaft, in den sogenannten Arbeitervierteln umgesehen und schreckliche Wohnungs- und Nahrungsverhältnisse gefunden, Bilder, die ihm zeitweise vor Augen stehen würden (keine eigenen Worte), aber der Verein sei klein, die Mittel gering, er wünte sich nur ein kleines Arbeitsfeld vornehmen, wenn er nur etwas wirken wolle.

Auch unsere Abgeordneten Kaiser und Krämer waren zugegen und meldeten sich zum Wort. Jaesard erklärte, welcher dem Verein seine und seiner Fraktionsgenossen Sympathie ansprach, und meinte, eine Petition an den Landtag würde mehr Wirkung haben als an den Reichstag, dalselbst wären so viele Nach- und Geldfragen zu verhandeln, daß nur wenig Zeit auf solche Fragen verwendet wird, er wünte besten Erfolg.

Kauser war unglücklich der Meinung, der Reichstag sei die richtige

Stelle, er könne wohl versichern, daß der Verein viel Sympathie dort finden würde, aber man solle doch die geringsten Uebelstände als öffentlich sichtbare Krankheiten-Erscheinungen des durchaus kranken Gesellschaftskörpers erkennen, die nur mit deren Ursachen, Noth und Elend einerseits, Ueberfluß und Genußsucht andererseits, verschwinden könnten. Alles stimmte dem unbefangenen Redner bei, als er aber auf Wunsch seinen Namen nannte, schlug föhlich die Stimmung um. Was kann auch aus Rayeth's Worten kommen! Einige meinten beim Herausgehen, es sei alles Unfug, was gesprochen worden wäre, wir alle kämen ja aus dem Juchthaufe gar nicht heraus, wenn das Alles nicht erlaubt wäre. Diese guten Leute haben mit ihrem Urtheil unsere herrliche Gesellschaft treffend charakterisirt.

Sprechsaal.

An die Redaktion des „Sozialdemokrat.“

Werthe Genossen!

In Ihrer Nr. 3 vom 12. Januar erwähnen Sie einer New-Yorker Korrespondenz der Berliner „Tribüne“, ohne auf deren Inhalt speziell einzugehen, nichtbedeutender dürfte den Lesern Ihres Blattes die fragliche Korrespondenz durch die Kalapresse bekannt geworden sein, weniger Verbreitung wird aber ohne Zweifel eine Berichtigung finden, welche ich der Tribune einsende, und ich bitte deshalb um Veröffentlichung des Nachstehenden im „Sozialdemokrat.“

Der Korrespondent der „Tribüne“, welchen wir, ohne zu irren, im Lager der hiesigen sog. Sozialrevolutionäre suchen können, hat es verstanden, verschiedene Sätze einer von mir gehaltenen Rede so zu gruppiren, daß sie einen Sinn geben, der dem, was ich wirklich gesagt habe, schauergerade zuwiderläuft. Ich habe allerdings gesagt, man solle über die Angelegenheit frühere zur Tagesordnung übergehen, so lange derselbe nicht in das Parteileben eingreife; ich habe auch gesagt, daß ich mehr über die Sache wisse als einer der Anwesenden, mit dem Hinzusügen aber, daß ich trotzdem nichts Gewisses wisse und deshalb ein Urtheil mir nicht erlauben könne.

Man sieht, ich habe mich nicht für frühere in's Zeug gelegt, habe mich aber wohl geüht, etwas Nachtheiliges über ihn zu sagen; erstere war auch ganz unmöglich, da er auf offizielle Anfragen von Seiten der hiesigen Parteiorganisation zunächst zugehörige und dann brüske Antwort gegeben hatte.

Was die „Tribüne“ sonst noch in Bezug auf mich sagt, charakterisirt sich selbst als allgezwungener Klatsch und ich glaube deshalb darauf nicht eingehen zu sollen. Dagegen bitte ich, mir wegen des oft gemachten Vorwurfs der Anwesenheit und Fahrenstücht einige Zeilen Raum zu gönnen. Ich habe seit Jahren beabsichtigt, Deutschland zu verlassen und daraus kein Hehl gemacht. Ich wollte den Plan nicht ausführen als ich 1877 auf 18 Monate ins Gefängniß zu geben botte, weil meine Frucht einen schlechten Eindruck gemacht haben würde, ich konnte ihn nach meinem Austritt aus dem Gefängniß nicht ausführen, weil ich inzwischen wider Erwarten ein Mandat für den Reichstag erhalten hatte. Als ich mit Ablauf desselben die Freiheit des Handels wieder erlangt, lagen außer rein persönlichen Gründen noch andere Motive vor, welche mich bestimmten, Deutschland zu verlassen; letztere darzulegen, ist nicht zeitgemäß und auch um so weniger notwendig, als nach meiner Ansicht es vollständig zu meiner Rechtfertigung genügt, wenn ich sage, daß meine persönlichen Verhältnisse die Auswanderung nothwendig machten. Wer mir das nicht glaubt und Feigheit als die Triebfeder meines Schrittes annimmt, den kann ich nur auf meine zwanzigjährige Thätigkeit im Dienste der Partei verweisen, ich müßte es aber ablehnen, etwa meine persönlichen Verhältnisse vor aller Welt auszukramen, um eine Rechtfertigung zu versuchen. Das Herumdröseln an Allen, welche irgendwie eine leitende Rolle in unserer Partei spielen, das mir zu sehr Mode geworden ist und das ich so viele Jahre habe beobachtet und mitlen müssen, hat mich persönlich so ziemlich gegen Unterstellungen, wie sie mir gemacht wurden, abgestumpft; die Sache ist aber von allgemeiner Wichtigkeit, und deshalb möge es mir gestattet sein, darüber noch einige Worte zu verliern. Sieht man denn nicht ein, wie einmüthigen die Verdächtigungen wirken müssen, welche gegen diejenigen geschleudert werden, die gewonnen sind, der Heimath den Rücken zu kehren. Da sind Leute, die viele Jahre lang in der selbstlosen Weise und unter großen Opfern an Geld, Freiheit, Familienglück und Zukunftsstellung für die Sache der Arbeiter eingetreten sind, sie schänden mit schweren Herzen aus den abgewohnten Verhältnissen, schier unter harten Klängen in einem fremden Lande in jeder Hinsicht von vorn anfangen zu müssen, lediglich weil die Heimath ihnen nicht mehr die Möglichkeit der Existenz gewährt, und, anstatt ihnen Mittel, geschweige denn Anerkennung zu zollen, schreit man ihnen nach: Ausreißer, Fahnenflüchtige, Feiglinge! Kann das die Vorkämpfer im Vaterlande ermutigen? Wünten Sie sich nicht sagen, daß ihnen unter Umständen ein gleiches Schicksal wartet? Kann das die Ausgewanderten ermutigen, in der neuen Heimath in den Kampf für die Sache der Unterdrückten einzutreten?

Glücklicherweise sind wir Alle nicht aus sehr weichen Stoff gemacht, und, wie schon angedeutet, abgehärtet gegen jede Unbill, welche das Parteeleben uns bringen kann. Ich habe deshalb auch lange genug geschwiegen und nur der Umstand, daß ich in der früherehlichen Angelegenheit nothwendig von mir hören lassen müßte, veranlaßte mich zu obigen Ausführungen. Meinen Freunden versichere ich, was allerdings öffentlich überflüssig ist, daß ich der Alte geblieben bin, lediglich nach der Art, so daß, wenn Ihre Ansichten sich nach dieser oder jener Richtung verändert haben sollten, immerhin einige Meinungsabgrenzungen zwischen uns existiren könnten.

Briefe für mich aus Deutschland, besonders aus Dresden, fallen häufig den Postmardern zum Opfer, was ich zu beachten bitte.

Mit Gruß
New-York, 167. Avenue A., den 28. Januar 1882.
Julius Bahleisch.

Wider Symmachos.

Den Lesern des „Sozialdemokrat“ ist die Erwiderung bekannt, welche ich in zwei Artikeln, betitelt: „Demokratie, Sozialdemokratie und Anarchie“, und „Sozialismus, individuelle Freiheit und Gleichheit“ einem Artikel von Symmachos, betitelt: „Freiheit“ (siehe Nr. 28, 1881) zu Theil werden ließ. Symmachos brachte dagegen in Nr. 37 (1881) d. Bl. eine Replik, welche in alten Irrthümern neue hinzugügte und mir gegenüber, der ich die Streitpunkte rein sachlich behandelte, sich zu persönlichen Beschäftigungen fortzuziehen ließ, die ich in keiner Weise provoziert hatte, und die am wenigsten geeignet waren, den Werth der Replik zu erhöhen. Es ist ja klar, daß derjenige, welcher seine Sache mit Gründen zu klären weiß, nicht nöthig hat, zu persönlichen Ausfällen seine Zuflucht zu nehmen.

Meine Ehre sowohl als die wissenschaftliche Klarheit, die ich in meiner Erwiderung (Nr. 35 und 36 unseres Organes) über unsere Prinzipien

*) Wir können diese Bemerkung doch nicht unbeantwortet vorübergehen lassen. Nicht die Auswanderung an sich ist Bahleisch zum Vorwurf gemacht worden, sondern die Auswanderung in einem bestimmten Momente, wo die Partei darauf angewiesen war, alle ihre Kräfte zusammenzuführen, um den schwierigen Wahlkampf durchzuführen zu können. In einem solchen Momente mußte B.'s Abreise die Genossen eintmüthigen, den Gegnern aber eine neue Waffe gegen uns liefern. Lagen indessen Gründe vor, welche eine unmittelbare Abreise nöthig machten, so hätte B. sie doch wohl einigen Genossen mittheilen können, welche in der deutschen Sozialdemokratie allgemeinen Vertrauen genießen; und wir sind überzeugt, wenn J. B. Selbst, Lieblich, Fahrenstücht oder Auer erklärt hätten: wir anerkennen die Nothwendigkeit von Bahleisch's sofortiger Abreise, es hätte jeder Genosse sich vorläufig damit beschließen, ein Auskramen vor aller Welt verlangt heute Kie man d. Nun aber sagen, so viel uns bekannt ist, solche zwingenden Gründe zur sofortigen Abreise nicht vor, Bahleisch hat sich daher nach unserer Ueberzeugung einer Rücksichtslosigkeit gegen unsere Sache schuldig gemacht, die wir, gerade weil er ein so langjähriger Vorkämpfer derselben ist, doppelt an ihm rügen müßten. Das war noch lange kein Herumdröseln, mit welchem billigen Wort man sich lediglich jeden Vorwurf abvertigen könne, sondern eine Genußnahme für diejenigen Genossen, welchen der Kampf durch Bahleisch's Abreise schwer gemacht wurde.

Die Red. des „Sozialdemokrat.“

herbeizuführen und anrechtzuerhalten bestrebt gewesen war, ertheilten meinerseits eine Duplik. Mit Rücksicht auf den beschränkten Raum unseres Organes wäre es mir sehr erwünscht gewesen, die Sache in wenigen Zeilen abmachen zu können. Aber so sehr ich von dieser Rücksicht geleitet, mich bemühte, den Stoff zusammenzubringen, so erforderte die Zurückweisung der Unterstreichungen und vor Allem die sachliche Kritik der neuen Behauptungen von Symmachos doch einen größeren Raum, als ihn mir die Redaktion zugehen zu dürfen glaubte.

Mit dem Entschiede der Redaktion nicht zufrieden, unterbreitete ich die Angelegenheit einer höheren Instanz. Diese räumte mir zur Duplik 1 1/2 Spalten des „Sozialdemokrat“ ein und empfahl eventuell die Fortführung der Polemik durch Flugblätter. Da ich erklärte, mit diesem Raum nicht auskommen zu können und mich anschickte, die Arbeit als Flugblatt erscheinen zu lassen, bestimmten mich Genossen, die in dem Erscheinen eines solchen Flugblattes eine Gefahr für den Frieden der Partei erblickten, das Manuskript einem alten bewährten Genossen zur Beurtheilung zu schicken. Derselbe rüht mir nun, indem er schreibt: „Sie schreiben eine kurze Widerlegung der Ausführungen Ihres Gegners (ein Resumé Ihres Artikels) und verweisen auf den ausführlichen Artikel, den Sie anderorts zum Abdruck bringen, wie das ja schon Ihre Absicht ist.“

Die Widerlegung rühte ich auf den Raum zu beschränken, den wir vor einigen Wochen für genügend erklärten.

„Einem anderen Ausweg sehe ich nicht. Würden wir auch die unveränderte Aufnahme Ihres Artikels erwirken, so könnten wir Symmachos nicht verhindern, Ihnen ebenso ausführlich zu replizieren, und wo und wann sollte die Sache dann enden?“

Ich erkenne gern die Logik des letzten Passus an. Die Sache könnte sich in der That in einer die Leser des „Sozialdemokrat“ ermüthenden Weise fortspinnen, die auch ich vermeiden sehen möchte.

Deshalb werde ich in einer kleinen Flugchrift unter dem Titel:

Alle Irrthümer.

Sozialdemokrat aufgepumpt von Symmachos.

Berichtet von A. B. C.

den Streit weiter führen. Dagegen verzichte ich darauf, an dieser Stelle auf die Differenzen einzutreten. Es wäre das, angesichts des unmittelbar bevorstehenden Erscheinens der Broschüre, unnütze Mühe und für den „Sozialdemokrat“ ganz unnütze Raumverschwendung. Ich beschränke mich darauf, die Leser des „Sozialdemokrat“, die sich für die sachliche Diskussion wichtiger Prinzipien interessieren, hiermit auf meine kleine Flugchrift zu verweisen. Derselbe kann durch die Solksbuchhandlung Hottlingen zum Preise von 10 Pf. bezogen werden. Auch die Exped. d. Bl. nimmt Aufträge entgegen.

Zürich, den 12. Februar 1882. A. B. C.

Nach obiger Darlegung und nach mehr nach der Art in welcher Herr A. B. C., ehe er sich zu dem Appell an die höhere Instanz herbeiließ, in Privatbriefen die Streitfrage darstellte, könnte es scheinen, als ob die Redaktion einem angegriffenen Mitarbeiter das Recht der Verteidigung abgeschnitten hätte, wir sehen uns deshalb zu folgender Berichtigung genüthigt:

Nicht Symmachos, sondern A. B. C. ist der Angreifer. Symmachos hatte den Artikel „Freiheit“ geschrieben, A. B. C. zwei längere Artikel gegen denselben eingeschickt, woraus sich Symmachos veranlaßt sah, den Angriff zurückzuweisen. Da wir für einen unsere Leser notwendigerweise ermüthenden Streit um Worte und mit Worten nicht den Raum des Parteiorgans preisgeben wollten, so mußten wir die in beklaglicher Breite sich ergebende Duplik A. B. C.'s zurückweisen, nachdem A. B. C. unser Anerbieten abgelehnt hatte, denselben mit uns gemeinschaftlich auf die einer Nichtigstellung bedürftigen Punkte zu reduzieren.

Die Red. des „Sozialdemokrat.“

Briefkasten.

der Redaktion: Wegen Raummangel mußte ein großer Theil der Rundschau, sowie verschiedene Einsendungen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

der Expedition. !!! New-York Herm. Wuttke: Haben Sie Ihre 11 Post. auch an „Härlin u. Co. Casinost. Her“ abgesetzt, wie Ihre Karte? Dann wundern Sie sich ja nicht, wenn die Post hier nicht ausliefert und senden Sie sofort schriftliche Ordre Ihrer Postkassier hierher, die Sendung an H. Herler auszuführen. Haben keine Adresse von Ihnen. Freunde in N. Y. sind deshalb dringend gebeten, Sie zu benachrichtigen. — 4-u. Rbg. l. P.: Brief v. 14/2 eingetroffen — Pp. G.: Bl. v. 15/2 erh. u. besorgt. — Ferd.: Nachr. v. 8. u. 9. direkt u. pr. E. erh. Alles in Ordnung. — R. Salzhaf: Rühlg. v. 15/2 erh. — G.: Bereits richtig quittirt gewesen. O. hatte nur das Berichtete mitgetheilt. — G. Rühlg. Courteny: Am 15/2 brsch. Albrecht dargelegt. — G. H.: Nachr. v. 15/2 erh. Warum nicht sofort? — E. K. Berlin: Janke Redensarten. Der „Fogel“ drischt in Ihrer Schenke. Was er „denkt“ ist uns „Schuppe“, was er „thut“ darauf kommt an. — Sch. Gen.: Correspond. betr. Vm. contra Mayer ist allerdings richtig. — Schminz. — o-o. Hu.: Bl. 15. — K. v. + dtd. jugew. Beschlg. fort. Adde. geändert. — K. Wormer: Nachr. v. 16. 17. 18. erh. u. entrip. beachtet. Ant. betr. E. l. am 30. abgel. — Knig. d. Schrift. folgt. — R. l. B.: Bl. 3. — Ab. l. Du. erh. — B. G.: Fr. 9. — Ab. Dej. 81 u. Jan. 82 u. Fr. 10/20 pr. Uds. dtd. erh. Adde. erwarten noch. — R. 2. u. Gen. Duffalo: Fr. 20/25 d. Agitationssds. dtd. einverleibt. — J. Sch. W. b. S.: Fr. 2/50 Ab. Febr. u. März erh. Ebenso P. A. u. Schaffhu: Weitere Nachr. erwartend. — Th. v. B.: Bl. 5. — (Fr. 6/15) i. Schft. durch Bbbg. erh. — Fr. Dom. Niemöhs. Haag: Fr. 52/50 erh. Schft. Sto. glatt. Fr. 2/50 d. Uds. dtd. jugew. — Wm.: Bl. v. 16/2 eingetr. u. verw. — Arnstadt: Alles nach Wunsch abgel. Programmbrochüre ist nicht von Bios. — Reuschnefeld: Bl. v. 15/2 kostet 20 Pf. Straßporta, weil nur mit 10 Pf. frankirt. Die Schweiz ist kein „Reichsland“! — Cooperator Chur: Bl. 1. — dtd. d. Uds. jugew. Ertrag gratis fort. — W. Eibsd.: Fr. 1/50 i. Schft. erh. Bbg. abg. — Panzerstift: Bl. 56. — 2. Cro. erh. Bl. am 30/2 Weiteres. — Peter: 2. geschft. 30 Redensarten folgen. Bl. am 20/2 abgeg. — Schorfe: Bl. v. 13/2 erh. u. am 21. beannt. Gemüthliches fort. — Nicht Steiber: Bl. mit Kfflg. erh. Weiteres erwartet. Bfllg. folgt. Hoffen nun Alles richtig. — Carl Lehmann: Bl. v. 17. u. 18. beachtet. Folgen 110 zc. Der Schwyz. hat thatsächl. an uns Nichts gef. — Der alte Nothe: Nachr. v. 17. erh. u. Wunsch sofort nach G. berichtet. Weiteres bemüht. — Unigenitus: Bl. 56/2 i. Ab. Schft. u. r. + neht Bl. v. 30/2 erh. Alles beachtet. Nr. 7 erh. Weiteres. — G. Roth Gg.: Fr. l. 56 i. Schft. hier. Edg. v. Fiddok fort. — Jörg Gaardm.: Recherche erfolglos. Befehl am 21. bl. abgel. Eieg t nicht an der Schweiz. Post. Deutsche Postkassier plündern wahrheitlich auch Transfischen beim „Markensammlung“. — o-o. Winterthur: „Danz- und Anhandelslehrer“ Herbolz notirte sich Ihren Namen, weil Sie nicht für deutsche Postkassierstellen u. Schwärmen? Hat vielleicht als fröhlicher Sattler nebenbei auch „Agentur am Stuttgarter Postkassier“? Denn, der Reichs leht nicht vom — allgeordneten Beamtenschemen allein“. Notizen wie und drum Herrn Herbolz hochachtungsvoll auf's „Herbolz“. — J. Mähler St. Louis: Fr. 45/55 erh. Bl. erwartet. — R. R. Buenos Aires: Bbbdg. notifizirt Eintreffen Ihres Bls. mit Wechsel v. 8/1. Fr. 70. — p. Uds. u. Fr. 59. — v. Schft. dtd. vermt. Bilder v. Mlle. S. L. G. fehlen. Gruppbild. dtd. erh. — Gen. Paris: Fr. 50. — p. Schft. Tis. guigeb. Bl. folgt. — Blac. Potsville: Ihre Karte haben beuhs. Erledigung ruf. Gen. bechändig. — A. H. R. A.: Folgen 25 mehr ab Rro. 8. — Nothe Wolfenschieber: Alles abg. — + + + Himmel. — o-o. Gen. Wie steht mit □-Angelegenheit?

Zürich, Sonntag den 26. Februar, Abends 8 Uhr, im Zähringer (Wirthschaft Beck)

Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.

Jedermann hat Zutritt. Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

Edwrig. Berlin-Strandstraße Hottlingen-Str. 8.